

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481,
Tel. Abt.: Postfahne Berlin, Verl.: Verein, Zeitungsverleger GmbH.,
Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 378.

Bezugspreis vorauszahlbar, pro Woche 60 Pf., monatlich 2,60 M. einschl.
Drägerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Zulage, Postbezug ausgl. Bestell-
geld 2,60 M.; Streifband im Inland 4,20 M.; n. b. Ausland 4,50 M.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: "Das Juwel", Allgemeine Inseraten-
Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1
Kurz 1825/26. Schluß der Anzeigennahme 16 Uhr.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12seitige Millimeterzeitung 33 Pf. die 32seitige
Millimeterzeitung 2,50 M. Arbeiterorganisation u. Familienzeitung Millimeterzeitung 20 Pf.
kleine Anz.: Zeitwort 20 Pf., Neuerchristen 30 Pf., Arbeitsmarkt: Welt 521.

Hugenberg schlägt Hindenburgs Wahl vor / Siehe im Blatt

Rüttet zum neuen roten Vormarsch!

Zu den Präsidentenwahlen

Fünf Millionen Arbeiter und Werkstätige haben am 13. März bei der Präsidentenwahl ein lühnes Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf unter der Führung der Kommunistischen Partei abgelegt. Unter der Lösung „Klasse gegen Klasse“ hat die Kommunistische Partei Millionen Arbeiter zum Kampf gegen die Unternehmeroressenfront, zum Kampf gegen die bürgerliche Diktatur, zum Kampf gegen den neuen imperialistischen Krieg aufgerufen. Das Wahlergebnis, die für den Kandidaten der Kommunistischen Partei abgegebenen 5 Millionen Stimmen, sind eine große Heer schau breiter Arbeiterschichten, die gewillt sind, unter der Führung der Kommunistischen Partei um den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Krise zu kämpfen. Die KPD hat fast eine halbe Million neuer Arbeitervoten gewonnen.

Der Wahlkampf zeigte eine außerordentliche Aktivität aller Klassen und Schichten. Das drückt sich u. a. in der großen Wahlbeteiligung aus. Diese erhöhte Wahlbeteiligung wiedermal ist ein Anzeichen für die sich immer schwieriger und unsicherer gestaltende Lage der Bourgeoisie in Deutschland. Die Verschärfung der kapitalistischen Krise hat solche Beziehungen geschaffen, daß in den Millionenmassen des arbeitenden Volkes der Willen zur Anerkennung, zur Beseitigung der bestehenden Zustände wächst. Den politischen Hintergrund der Präsidentenwahl bilden die Steigerung aller Widerstände des kapitalistischen Systems und das heranwachsen der Voraussetzungen einer revolutionären Krise.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland wird durch die unerträglichen Lasten der Versäumer Knechtlichkeit verstärkt. Ein Heer von 6 Millionen Erwerbslosen steht auf den Straßen der deutschen Städte. Nach dem Lohnabbau und den anderen Hungernachnahmen der vierten Notverordnung bereitet das Finanzkapital mit aktivster Unterstützung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführer neue Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiterschicht vor. Die Reste der Erwerbslosenversicherung fallen beseitigt, ein weiterer rücksichtsloser Lohnabbau durch Notverordnungen usw. eingeleitet werden. Die bewaffneten Terrorbanden des Hitlerfaschismus verdoppeln ihre Gewalttaten und Mordabschläge auf die Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie beteiligt sich mit Hilfe einer ganzen Reihe neuer Beträugsmanöver an allen diesen Vorstößen der konterrevolutionären Bourgeoisie.

Im Kampf gegen alle Formen der bürgerlichen Diktatur erstaunt die revolutionäre Arbeiterschicht die Führung der Kommunistischen Partei, wählt die rote Einheitsfront, die heute schon viele Millionen umfaßt und immer stärkere Massen sozialdemokratischer Arbeiter dem Einfluß der bürgerlichen Diktatur und ihrer Agenten, der sozialdemokratischen Führer, entsteht.

Die überfüllten Kundgebungen und Versammlungen der Kommunistischen Partei in allen Orten Deutschlands, die erhöhte Aktivität aller kommunistischen Organisationen, ihrer Mitglieder und unserer revolutionären Massenperipherie, die Tatsache, daß während des Wahlkampfes tausende Arbeiter in die Kommunistische Partei eingetreten sind, daß die Partei auf dem Lande eine große Anzahl neuer Stützpunkte geschaffen hat, unter der Dorfarmut festen Fuß setzt, in die Reihen der Angestellten und des werkstätigen Mittelstandes weiter eindringt — dies alles zeugt von der Kampfentschlossenheit und Tatkräft des Teiles der Arbeiterschicht, der unter der Führung der Kommunistischen Partei steht. Der revolutionäre Dank der Partei gilt der opferbereiten Arbeit der Zehntausenden von roten Wahlhelfern!

Die 5 Millionen Stimmen, die für den Kandidaten der Kommunistischen Partei abgegeben wurden, haben eine größere Bedeutung als die Stimmen zur Reichstagswahl vom September 1930. Es sind Stimmen, die im schärfsten Gegensatz zu der sozialdemokratischen Politik des „Heineren Uebels“, für die Führung des revolutionären Klassenkampfes, für den Kampf um das sozialistische Räterdeutschland abgegeben wurden.

Der Sozialdemokratischen Partei ist es mit Hilfe des heuchlerischen Manövers, das die Lösung „Schlägt Hitler“ darstellt, noch einmal gelungen, große Teile der Arbeiterschicht zur Täufung der Brüning-Schering-Diktatur zu bewegen, Massen, die heute noch nicht glauben wollen, daß die Politik Hindenburgs der offenen sozialen Diktatur den Weg bereitet.

Niemals zeigte sich die Bedeutung und Richtigkeit unserer strategischen Hauptorientierung auf die Erweiterung der Mehrheit der Arbeiterschicht, auf die Verteilung

Umtliches Endergebnis

	Präsidentenwahl 1932	Reichstagswahl 1930
Thälmann	4 982 870	4 590 160
Hindenburg	18 654 244	21 165 410
Hitler	11 341 119	6 379 672
Duesterberg	2 558 813	2 457 686
Winter	111 492	

Großer KPD.-Wahlsieg an Saar

Sozialdemokraten geschlagen — Eine Frucht des erfolgreichen Kampfes der Kommunisten gegen die soziale und nationale Unterdrückung durch die Völkerbundsgouvernierung

Saarbrücken, 14. März. (Eig. Ber.) Hier fanden gestern die Wahlen zum Saarländischen Landesrat statt, bei denen die Kommunistische Partei einen außerordentlichen Erfolg erzielte. Sie hat ihre Stimmenzahl fast verdoppeln können und erhielt 84 004 Stimmen und 8 Sitze. Bei der letzten Wahl von 1928 betrug die Zahl der kommunistischen Stimmen 46 314 und der Parlamentsstimme 5.

Die übrigen Parteien erhielten folgende Stimmen (in Klammern die Vergleichszahlen von 1928):

KPD	86 022 (43 557) 3 (5)
Nazis	24 429 (—) 2 (—)
Zentrum	156 422 (129 162) 14 (14)
Deutsch-Saarland, Volkspartei	24 019 (26 230) 2 (3)
Deutsche Wirtschaftspartei	11 580 (9 154) 1 (1)
„Arbeiter- u. Bauernpartei“	6 496 (9 321) — (1)
Deutsch-nationale	5 770 (10 536) — (1)
Deutsche Staatspartei	2 809 (3 923) — (—)
SP	2 577 (—) — (—)

★

Im Saargebiet herrscht eine Völkerbundsgouvernierung, die nach Frankreichs Weise tanzt. Die Bergwerke stehen völlig unter französischer Regie. Der ganze Kurs der französischen Politik geht daraus hinaus, das jüdisch angesetzte Saargebiet auch formal in die Tasche zu stecken. Unter diesen Bedingungen wählt der Kampf der Kommunistischen Partei

gegen die Ausbeuter gleichzeitig zu einem Kampf gegen die nationale Unterdrückung, während die deutsche Bourgeoisie bei der Ausweitung der arbeitenden Saarbevölkerung mit dem französischen Kapital Hand in Hand geht.

Charakteristisch ist, daß, obwohl die objektiven Voraussetzungen für die Demagogie der Haltenkreuzler hier so wie nie je sind, sie im Vergleich zum übrigen Reich eine ungünstigste Bedeutung haben. Denn hier, wo es darum geht im praktischen Kampf, z. B. in der Streitkampfflug gegen die französischen Grubenherren, zu zeigen, daß man wirklich für die nationale Befreiung eintritt, da entpuppen sich die Haltenkreuzler wie überall als ordinäre Agenten des Kapitals.

Das ist die eine Ursache für die schwachen Positionen der Hitler-Partei im Saargebiet. Die andere Ursache liegt darin, daß der Rote Frontkämpferbund im Saargebiet legal existiert und eine vorbildliche antijüdische Tätigkeit voller Ehre entwickelt, bei der er es vor allem verstanden hat, breite Kreise von Reichs- und Jungbannern (amerade) sowie christlichen Arbeitern zu erfassen und als rote Wahlhelfer in den Dienst der proletarischen Sache zu stellen, die allein von der KPD vertreten wird.

Die Tatsache, wie sehr dem Roten Frontkämpferbund im Saargebiet das Zurückdrängen der Nazis gelang, ist eine schwere Anklage gegen die Seesring, Jörgel und Greifniki, die zu Hitlers Freunde im übrigen Reich den Roten Frontkämpferbund verbieten haben.

der Arbeiter von der Sozialdemokratie als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie so klar wie in der gegenwärtigen Situation. Das Ergebnis der Wahl zeigt, daß die Zahl der für die Kommunistische Partei abgegebenen 5 Millionen Stimmen hinter den objektiven Möglichkeiten, die uns die gegenwärtige Situation bietet, zurückbleibt. Das Wahlergebnis ist für die Kommunistische Partei unbefriedigend. Wir müssen mit bolchevischen Selbstkritik feststellen, daß es uns bisher nur teilweise gelungen ist, die schwächeren Manöver der Sozialdemokratischen Partei, die betrügerischen Redensarten vom „Heineren Uebel“, vom „Staatskapitalismus“, die Politik der „Eisernen Front“ zu zerstören und die Millionen sozialdemokratischer und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter von der Nichtigkeit unserer Politik zu überzeugen und sie vom Einfluß des Sozialkapitalismus loszu trennen. Die Sozialdemokratie hat es verstanden, die von der Bourgeoisie geförderte und finanzierte konterrevolutionäre Massenbewegung des Hitlerfaschismus zu benutzen, um große Arbeiterscharen an die Hindenburgfront der Bourgeoisie zu föhren. Die Politik der Bourgeoisie bei den Präsidentenwahlen ist ein charakteristisches Beispiel für die wechselseitige Ausnutzung der Sozialdemokratie und der nationalsozialistischen Massenbewegung durch die Bourgeoisie.

Das Wahlergebnis zeigt beim Vergleich der einzelnen Bezirke einen ungleichmäßigen Charakter. Neben gewissen Erfolgen in den ländlichen Bezirken und in Süddeutschland (Steigerung der Stimmen in Bayern, Baden, Oberschlesien) sowie in Teilen Rheinland-Westfalens sind in einigen anderen Bezirken Stillstand oder sogar Rückgang zu ver-

zeichnen. Völlig unbedeutend sind die Ergebnisse in Berlin (Verlust von 34 000 Stimmen gegenüber den Reichstagswahlen), in Hamburg (Verlust von 11 000 Stimmen gegenüber den Reichstagswahlen), und sogar 44 000 Stimmen gegenüber den Reichstagswahlen), in Oberösterreich (8000 Stimmen Verlust), in Halle-Merseburg (4000 Stimmen Verlust).

Wir müssen diese Erhebungen mit der ganzen sorgfältigen Selbstkritik, die dem Bolschewismus eigen ist, auf ihre Richtigkeit hin untersuchen und alles tun, um die zutreffende getrennte der Rote Frontkämpferbund im Saargebiet legal zu machen und eine vorbildliche antijüdische Tätigkeit voller Ehre zu entwickeln, bei der er es vor allem verstanden hat, breite Kreise von Reichs- und Jungbannern (amerade) sowie christlichen Arbeitern zu erfassen und als rote Wahlhelfer in den Dienst der proletarischen Sache zu stellen, die allein von der KPD vertreten werden.

Die wahren Ursachen unseres Zurückbleibens hinter den günstigen objektiven Möglichkeiten liegen vielleicht, wie bereits die Schlüsse des Februarplenums ausgezeigt haben, in folgendem:

Unser Kampf um die Einheitsfront des Proletariats kann nur in dem Maße erfolgreich sein, wie wir es verstehen, die tatsächlichen Kämpfe der Arbeiterschaft gegen die Kapitalsozialfeste zu organisieren und zu führen. Wir haben es nicht verstanden, uns an die Spitze aller Formen des Massenwiderstandes gegen den Unternehmensangriff und die Notverordnungsdictatur zu stellen. Wir haben nicht mit genügender Stärke, nicht mit genügender prinzipieller Entschlagnungslösung, etwas keineswegs gleichbedeutend mit